

Pressestelle, Freitag, 14. März 2014

---

## Zukunft der Notdienstzentrale

„Die ärztliche Versorgung außerhalb der üblichen Praxiszeiten der in Mühlheim niedergelassenen Ärzte ist ein wichtiger Standortfaktor. Mühlheim ist hier mit dem ärztlichen Bereitschaftsdienst im Rathaus gut aufgestellt – noch“, führt Bürgermeister Daniel Tybussek in das Thema ein. Die kassenärztliche Vereinigung plant bereits seit Herbst 2013 Veränderungen für 2014, die kontrovers und mit unterschiedlichen Sachständen und Spekulationen geführt werden.

Im Rathaus ist die Erste Stadträtin Gudrun Monat als Sozialdezernentin zuständig. „Ich habe in den letzten Wochen bereits zahlreiche Gespräche sowohl mit den Verantwortlichen der KV als auch der Obfrau der Mühlheimer Ärzteschaft, Frau Dr. Goldenthal, geführt. Eine endgültige Entscheidung über die Zukunft unserer Notdienstzentrale steht noch aus. Eine zuverlässige Versorgung der Mühlheimer Bürgerinnen und Bürger muss unbedingt gewährleistet bleiben. Trotzdem wird es aus dem Rathaus nicht zu jedem Gerücht eine Stellungnahme oder Wasserstandsmeldung geben,“ so Monat.

Dabei ist auffällig, dass viele Informationen nicht über die KV das Rathaus erreicht haben. Die Kommunikation über das neue Konzept, die Hintergründe und wie die Versorgung auch ohne Zentrale im Rathaus überhaupt funktionieren kann, obliegt eindeutig der KV. „Wir hätten als Vermieter eine frühzeitige Einbindung und Information erwartet“, kommentiert Monat das Vorgehen.

Die geplante Umstrukturierung betrifft den gesamten Kreis Offenbach, deshalb haben in dieser Woche Landrat Oliver Quilling und 13 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister einen offenen Brief an die KV geschrieben mit dem Ziel, alle sechs Notdienstzentralen zu erhalten. Bürgermeister Tybussek begrüßt in diesem Zusammenhang die Unterstützung auf den verschiedenen Ebenen: „Ob der Antrag der Bürger für Mühlheim, die geplante Unterschriftenaktion der SPD – wir sollten in diesem Thema alle an einem Strang ziehen und uns gemeinsam mit den Mühlheimer Ärzten stark machen, denn letztendlich geht es um die medizinische Versorgung unserer Bürgerinnen und Bürger.“